

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

1/2021

Preisverleihung „Die Gelbe Hand“ 2020/2021

Endlich ist es soweit! Am 16. April 2021 findet die Preisverleihung im Rahmen des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“ 2020/2021 statt. Um 12:00 Uhr eröffnet der Vorsitzende des Kumpelvereins, Dietmar Schäfers die Feierlichkeiten mit einem Grußwort, gefolgt von den Grußworten der Schirmherren des Wettbewerbs, dem Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Andreas Bovenschulte und dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann. Im Anschluss werden die lang erwarteten Ergebnisse des Wettbewerbs 2020/2021 bekannt gegeben und die Beiträge vorgestellt. Die Preisverleihung wird auf Facebook live übertragen.

Bereits im Februar haben die Jury-Mitglieder die Preisträger*innen des diesjährigen Wettbewerbs in einer Videokonferenz gewählt. Die Corona-Pandemie hat es allerdings unmöglich gemacht, die geplante Preisverleihung als Präsenzveranstaltung am 19. März 2021 im Bremer Rathaus durchzuführen. Aus Rücksicht auf die schwierige Homeschooling-Lage wurde die Preisverleihung um einen Monat verschoben und ins Internet verlagert.

Wir laden Euch herzlich dazu ein, mit uns das Engagement zu feiern!



Preisverleihung live bei Facebook am 16. April, 12:00 Uhr

16. April 2021,
12:00 Uhr auf
www.facebook.de/gelbehand

Solidarität. Grenzenlos.

Gewerkschaften setzen starkes Zeichen in den Internationalen Wochen gegen Rassismus

Die Internationalen UN-Wochen gegen Rassismus fanden in diesem Jahr vom 15. bis 28. März 2021 unter dem Motto „Solidarität. Grenzenlos“ statt. Ob auf Plakaten gut sichtbar in den Fenstern, mit Kreide auf der Straße, bei Stadtführungen, auf Bierdeckeln oder digital im Netz: Rund 1200 kreative Aktivitäten waren zum Start der Wochen angekündigt. Die Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung gegen Rassismus, Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, eröffnete in einer digitalen Auftaktveranstaltung am 15. März die Aktionswochen. Diese werden von der Stiftung, zu deren Gründungsinitiatoren im Jahr 2014 auch der DGB gehörte, geplant und koordiniert. Wie in jedem Jahr waren daher auch die Gewerkschaften maßgeblich an der Durchführung von Veranstaltungen beteiligt. Die Auftaktveranstaltung der IG BCE wurde in diesem Jahr gemeinsam mit dem Chemieunternehmen BASF in Ludwigshafen organisiert. Am 15. März diskutierten nach der Eröffnung durch Vorstandsmitglied der BASF, Michael Heinz, und des IG BCE-Vorstandsmitglieds Petra Reinbold-Knape Betriebsräte, Ausbilder*innen und Gewerkschafter*innen das Thema „Vielfalt eint – in Betrieb und Gesellschaft.“ Moderiert wurde die Gesprächsrunde von unserem Gelbe-Hand-Vorstandsmitglied und IG BCE-Gewerkschafterin, Regina Karsch. Die IG BCE wolle während der Wochen das klare Signal setzen, dass man rechtspopulistischen oder rechtsextremistischen Positionen keinen Raum gebe, so Reinbold-Knape. Die IG BCE sei in der Pflicht, Menschenrechte und Demokratie zu verteidigen und zu stärken: „Wir müssen noch entschlossener als bisher Hass und Ausgrenzung von Beginn an bekämpfen. Wir müssen denen, die Rassismus erfahren, zuhören und sie ernst nehmen – immer.“ Am 21. März, dem Internationalen Tag gegen Rassismus, diskutierte Anja Piel vom DGB-Bundesvorstand mit Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, und Dr. Cihan Sinanoğlu vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung in einer digitalen Diskussionsrunde des DGB die Frage: Was tun gegen Rassismus? Um dagegen effektiv auf allen Ebenen vorzugehen, plädierte Anja Piel dafür, Rassismus stärker als strukturelles Problem zu begreifen: „In Deutschland nehmen wir Rassismus oft im Zusammenhang mit Gewalttaten von Rechtsextremen wahr. Aber rassistische Diskriminierung braucht nicht zwingend ideologische Grundlagen. Deshalb brauchen wir ebenfalls einen klaren Blick auf rassistische Diskriminierung im Alltag, die ein enormes Problem darstellt und müssen auch institutionelle und strukturelle Formen von Rassismus betrachten und bekämpfen.“ Als Gelbe Hand waren wir ebenfalls im Rahmen der Internationalen Wochen aktiv und organisierten am 24. März die Online-Veranstaltung „Gemeinsam gegen Hass, Gewalt



und Rassismus“: Was kann man als demokratische Gesellschaft, aber auch als Gewerkschaft Hass und Rassismus entgegensetzen? Das war eine zentrale Frage, die Journalistin Ferda Ataman, Vorsitzende der Neuen Deutschen Medienmacher*innen, Hivzi Kalayci von der IG BAU und Heike Kleffner, Geschäftsführerin des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. unter der moderierenden Leitung von Daniela Milutin, ver.di-Gewerkschaftssekretärin, gemeinsam erörterten (siehe ausführlicher Bericht auf Seite 2). Für unseren Vorsitzenden Dietmar Schäfers bieten die Wochen gegen Rassismus eine Plattform, diese Debatten sichtbar und breit in die Gesellschaft zu tragen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten: „Antisemitische Verschwörungsmymen und Hass in sozialen Netzwerken, rechter Terror und Gewalt, der zunehmende Alltagsrassismus, all dies angefeuert durch rechte Akteure in Parlamenten – die Herausforderungen für unsere Demokratie sind enorm. Umso wichtiger ist es, dass wir uns vernetzen und mit zivilgesellschaftlichen Akteuren austauschen, die gegen Rassismus ihre Stimme erheben. Wir müssen gemeinsam ein lautes und sichtbares Zeichen setzen, dass Rassismus, Antisemitismus und völkischer Nationalismus in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Gerade wir Gewerkschaften stehen für das, was das diesjährige Motto besagt: Solidarität. Grenzenlos.“ Ganz in diesem Sinne gab es viele weitere digitale Bildungsveranstaltungen. Die GEW beschäftigte sich in Online-Seminaren aus zeithistorischer Sicht mit der Situation der „DDR-Vertragsarbeiter*innen: Zwischen Rassismus und Solidarität vor und nach 1989“ und in einem weiteren Seminar mit der aktuellen Gefahr für die Demokratie durch Verschwörungsmymen. Das Bildungszentrum der IG BCE in Haltern am See widmete dem Thema eine ganze „Woche der Demokratie“. All diese Aktivitäten sind ein starkes Zeichen. Denn Rassismus und Rechtsextremismus existieren auch in Pandemie-Zeiten. Die Gewerkschaften stellten sich dem, auch in diesem Jahr, in aller Deutlichkeit entgegen. Mehr Infos zu den Internationalen Wochen und zur Arbeit der Stiftung findet ihr unter: <https://stiftung-gegen-rassismus.de/>

Solidarität. Grenzenlos – Gemeinsam gegen Hass, Gewalt und Rassismus!

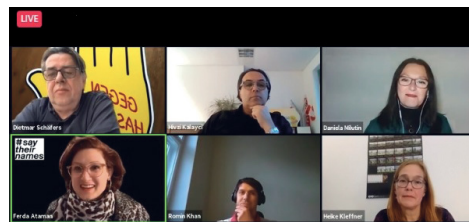
Abendveranstaltung des Kumpelvereins am 24. März

Die Abendveranstaltung begann mit mahnenden Worten des neuen Vorsitzenden der Gelben Hand, Dietmar Schäfers: „Rassismus tötet. Er begleitet uns im Alltag und sägt an der Wurzel unserer Werteordnung und unserer Demokratie.“ Mit dieser Veranstaltung, so Schäfers weiter, „machen wir gemeinsam deutlich, dass wir gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Ungleichheit tagtäglich entschieden eintreten.“ Die darauffolgende zweistündige Diskussion wurde von Daniela Milutin, ver.di-Pressesprecherin moderiert.

Den Anfang machte Ferda Ataman, die Vorsitzende der Neuen Deutschen Medienmacher*innen mit einem Impulsreferat. Im strukturellen Rassismus sah sie die größte gesellschaftliche Herausforderung, die dringend angegangen werden müsse. (Mehr in ihrem Gastbeitrag in dieser Ausgabe). Auch Hivzi Kalayci, Gewerkschaftssekretär bei der IG BAU hob die Beseitigung des strukturellen Rassismus als die wichtigste Aufgabe in der Wirtschaft hervor, der insbesondere bei der Beförderungspraxis sichtbar sei. Kalayci plädierte dafür, in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz eine Verbandsklage aufzunehmen und

Strafen für diskriminierende Praktiken auf mindestens 20.000 Euro zu erhöhen, damit sie den Arbeitgeber zum Umdenken zwingen. Kalayci betonte auch, dass die Lage viel besser in Betrieben sei, die über eine funktionierende Mitbestimmung verfügten.

Heike Kleffner, Geschäftsführerin des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, wies auf die Handlungsfelder bei der Polizei hin und lobte den Beschluss der GdP zur Unvereinbarkeit mit der AfD. Sicherheitsbehörden, so Kleffner, seien nicht rassistischer, die überwiegende Mehrheit mache einen guten Job. Sie müssten jedoch besser unterstützt werden, gegen den strukturellen Rassismus und gegen die rechten Netzwerke in ihren Reihen vorzugehen, z. B. durch den Schutz der Whistleblower*innen. Sie forderte auch, Rechte der Opfer u. a. durch die Verbandsklage zu stärken, aber auch einen Anspruch der Betroffenen auf staatliche Unterstützung zu schaffen, damit sie das Erlebte besser verarbeiten könnten. Parallel zum Podium fand im Chat ein reger Austausch statt. Dabei waren sich die Podiumsgäste



als auch die Teilnehmer*innen einig, dass Solidarität der richtige Weg zur Bekämpfung von Rassismus sei.

Die Veranstaltung sei ein Startschuss für den neuen Vorstand gewesen, sagte in seinem Schlusswort Romin Khan, der stellv. Vorsitzende des Vereins, und bedankte sich für die vielen Impulse für die Vereinsarbeit: Auf der einen Seite gehe es darum, klare Haltung gegen Rassismus und Diskriminierung zu zeigen, auf der anderen Seite den Ursprung und den Kontext zu begreifen. Es gehe darum, vor Ort aktiv zu sein und das Große und Ganze zu verändern. Khan schloss die Veranstaltung mit der Einladung, im Kumpelverein mitzuwirken: „Steigt als Fördermitglieder in das große gewerkschaftliche Netzwerk ein.“

Die Veranstaltung ist auf Facebook abrufbar unter: <https://fb.watch/4tFNAoIE0f/>

„Die goldene Zeit des weißen Mannes ist vorbei.“

Gastbeitrag von Ferda Ataman, Journalistin und Vorsitzende des Vereins „Neue deutsche Medienmacher*innen e.V.“



Manche Menschen finden ja, früher war alles besser. Mit früher sind vermutlich die 1950er und 1960er Jahre gemeint – Wirtschaftswunder, Vollbeschäftigung, Frauen am Herd, Migrant*innen unsichtbar.

Es war aber auch die Zeit, als Frauen per Gesetz für den Haushalt zuständig waren und als „Gastarbeiter“ die Drecksarbeit machten und wenig Ansprüche stellten. Schlichtweg, weil sie die Sprache nicht beherrschten. Früher war alles besser? Das gilt höchstens für weiße Männer.

Ich finde, heute ist vieles besser: Vergewaltigung in der Ehe ist strafbar, Frauen mischen überall mit und auch bei Migrant*innen und ihren Nachkommen hat sich viel getan. Immer mehr machen Abschlüsse, Ausbildungen, studieren oder besetzen politische Ämter. Und sie sind keine kleine Minderheit mehr, die man vernachlässigen kann: Bundesweit haben 26 Prozent der Menschen in Deutschland einen sogenannten Migrationshintergrund. Doch das ist nur der Durchschnitt. Die meisten von ihnen leben in westdeutschen Städten und hier ist ihr Anteil deutlich höher: in Stuttgart 46 Prozent, in Nürnberg 47 Prozent, in Frankfurt schon 54 Prozent. In der Hauptstadt Berlin, die als besonders international wahrgenommen wird, liegt er bei gerade einmal 35 Prozent. Bei den Unter-18-Jährigen liegt der Anteil noch höher, hier sind Menschen aus Einwandererfa-

milien keine Minderheit mehr. In Berlin, Hamburg, München, Stuttgart, Nürnberg, Hannover, Bremen, Wiesbaden sind es schon 50 bis 60 Prozent. In Frankfurt am Main sogar über 70 Prozent. Man kann das nun so sehen, dass sich die deutsche Gesellschaft – mal wieder – verändert. Oder man sorgt sich darum, dass sich das deutsche Volk abschafft. So oder so müssen die Vergangenheitsromantiker der Realität ins Auge blicken: Die goldene Zeit des weißen Mannes ist vorbei.

People of Color und Schwarze Menschen werden in der Gesellschaft sichtbarer und stellen Ansprüche, zum Beispiel auf gleichberechtigte Teilhabe und eine Debatte über strukturellen Rassismus. Nicht alle, die sonst laut „integriert euch“ rufen, finden das gut. Man könnte den Rechtsruck der letzten Jahre also auch als Reaktion auf gelungene Integration interpretieren. Sozialwissenschaftler*innen wie Naika Froutan und Aladin El-Mafaalani erklären, dass fortschreitende Diversität in allen Bereichen einer Gesellschaft Rassismus befördert. Dass Menschen aus Einwandererfamilien sich emanzipieren, führt bei manchen Ureinheimischen zu Abwehr. Laut El-Mafaalani ein normaler Vorgang, auf dem „Weg zu einer offenen Gesellschaft“. Trotzdem baut sich der Rassismus nicht einfach von selbst ab. Und gleichberechtigte Teilhabe ist kein Selbstläufer. Was also muss passieren?

Es ist überfällig, gegen strukturellen Rassismus vorzugehen. Woran man ihn erkennt? Deutschland ist superdivers, seine Institutionen sind es nicht. Damit man mangelnde Repräsentation

aber als Indiz für Rassismus erkennt, brauchen wir eine rechtliche Definition von Rassismus, die strukturellen Rassismus durch diskriminierende Ausschlüsse beinhaltet. Und dann brauchen wir einen großen Kulturwandel. Behörden, Parteien, Medien, Wohlfahrtsverbände, aber auch Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Berufsverbände und andere müssen sich öffnen. Wie?

1. Durch eine ehrliche Bestandsaufnahme, wie es um Vielfalt und Diskriminierung in der eigenen Institution oder Organisation steht.
2. Durch eine Führungsebene, die Diversität zur Chef*innensache erklärt und proaktiv fördert.
3. Durch verbindliche Einstellungs-Quoten für Menschen aus diskriminierten Gruppen. Nette Worte und ein paar mehr Migrant*innen, Schwarze und People of Color mehr unter den Azubis reichen nicht. Es braucht eine kritische Masse.
4. Durch eine Organisationskultur, die vielfältige Identitäten und Erfahrungen wertschätzt.
5. Durch ein positives Klima mit konsequentem Diskriminierungsschutz, auch in der eigenen Institution.

Und last but not least: Rassismus fängt da an, wo Menschen unterschiedlich behandelt werden – wegen ihres Namens, Aussehens, ihrer Herkunft oder Religion. Und wenn wir ehrlich sind, ist niemand frei davon. Das zu verstehen und Gruppen zu unterstützen, die sich gegen Rassismus engagieren – das kann jede*r von uns tun.

Kein Vergessen. Klare Konsequenzen.

Ein Jahr danach: Gedenken an das rassistische Attentat von Hanau

Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu.



(Foto: Team Hessen/Reiner Kunze/DGB Südosthessen)

Am 19. Februar 2020 wurden diese jungen Menschen in Hanau Opfer eines rassistischen Attentats. Ein Jahr danach gedachten bundesweit zahlreiche Menschen und Organisationen, darunter auch die Gewerkschaften, der Opfer und der Angehörigen. Doch auch ein Jahr danach fühlen die Angehörigen sich immer noch weitestgehend im Stich gelassen: Sie fordern von Politik und Behörden eine konsequente Aufklärung der Tat. Das untermauerte auch der DGB-Bundesvorstand um den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann in seiner Erklärung anlässlich des Jahrestages: „Als Gewerkschaften fordern wir rückhaltlose Aufklärung, materielle und immaterielle Unterstützung der Hinterbliebenen. Wir fordern, dass alles getan wird, um den Neonazismus und Rassismus wirksam zu bekämpfen, damit sich solche Taten nie wiederholen kön-

nen. Wir werden selbst alles dafür tun und in unserem Engagement nicht nachlassen.“ Der Vorsitzende der Gelben Hand, Dietmar Schäfers, betonte ebenfalls: „Unsere Gedanken und unsere Solidarität gelten den Angehörigen der Opfer. Wir sind ihnen schuldig, sie nie zu vergessen. Die Erinnerung ist auch Auftrag, unseren Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus, gegen Hass und rechte Hetze – in der Arbeitswelt wie in der Gesellschaft – noch stärker voranzutreiben. Immer und überall.“ Auch die Mitgliedsgewerkschaften gedachten der Opfer. Unter dem Motto „Solidarität ist unverhandelbar“ rief im Vorfeld des Gedenktages die IG Metall zu 5 Schweigeminuten auf: Die Zeitspanne, die der Täter benötigte, um die schrecklichen Morde zu begehen. Ebenso riefen der ver.di-Landesbezirk Hessen und wir als Gelbe Hand dazu auf, in den Betrieben kurz innezuhalten und den Opfern durch eine symbolische Aktion oder Geste zu gedenken. Die Firma Evonik strahlte zum Beispiel ihre Gebäude an den Standorten bunt an als Signal gegen Rassismus und erinnerte am 19. Februar mit Fotos der Opfer vor dem Werkstor. Am Tag selbst fanden auch vor Ort in Hanau Trauerkundgebungen statt. Nach einer gemeinsamen Kranzniederlegung des regionalen DGB und der Mitgliedsgewerkschaften am zentralen Gedenkort, dem Heumarkt, wurde am Hanauer Gewerkschaftsraum zum Abschluss der gewerkschaftlichen Kundgebung ein gegossenes Schild der Initiative „Respekt! – Kein Platz für Rassismus“ enthüllt – als sichtbares Symbol der gewerkschaftlichen Wertehaltung für eine solidarische, weltoffene Gesellschaft.

Die AfD ist demokratisch gewählt, aber keine demokratische Partei.

Unvereinbarkeitsbeschluss: AfD-Mitglieder müssen die GdP verlassen

Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verabschiedete in der ersten Märzhälfte einen Unvereinbarkeitsbeschluss zur Alternative für Deutschland. Darin ist zu lesen, dass die Ziele, Positionen, Grundsätze und Werte der GdP mit denen der AfD unvereinbar seien. Sie widersprächen dem freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen und die öffentliche Sicherheit bewahrenden Selbst- und Rollenverständnis von Polizeibeschäftigten, das von der GdP vertreten und geteilt werde. Mitglieder, die sich zur Parteimitgliedschaft in der AfD bekennen, sie unterstützen oder mit ihr sympathisieren seien in der GdP nicht willkommen und aufgefordert, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft zu verlassen.

Diese klare Positionierung der GdP ist aus Sicht unseres Vorstandsmitglieds und Chefin der rheinland-pfälzischen GdP, Sabrina Kunz, längst überfällig: „Die GdP in Rheinland-Pfalz grenzt sich seit Jahren offensiv von der AfD im Land

ab. Eine Zusammenarbeit findet nicht statt. Die GdP stellt sich mit ihrer 70-jährigen Tradition entschieden gegen die AfD. Zunehmend missbrauchen Vertreter*innen dieser Partei den Berufsstand der Polizist*innen für ihre in Teilen menschenablehnende und -verachtende Politik. Menschenverachtende Weltbilder haben in der Polizei keinen Platz. Mit dem Beschluss des Bundes wird den Kolleg*innen der Rücken gestärkt. Es ist ein wichtiges Signal dafür, dass die Polizei auch in Zukunft eine gefestigte, bürgernahe und vielfältige Polizei bleiben wird.“

Das Positionspapier in voller Länge findet ihr unter: [https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_AfD-Positionspapier/\\$file/20210311_Positionspapier_Demokratie_schuetzen.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_AfD-Positionspapier/$file/20210311_Positionspapier_Demokratie_schuetzen.pdf)



Demokratie kann jede*r

Aktuelle Angebote für Ausbilder*innen und Berufsschulkräfte zur Demokratieförderung



KOMPETENZNETZWERK
DEMOKRATIEFÖRDERUNG
IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

FACHSTELLE
FACHPERSONAL



DGB
BILDUNGSWERK

Gemeinsam mit der DGB Jugend, dem DGB Bildungswerk Bund und dem Minor-Projektkontor führt der Kumpelverein seit Anfang 2020 das Kompetenznetzwerk „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ durch. Dieses vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderte Kompetenznetzwerk erarbeitet Angebote für Jugendliche in der Berufsausbildung, das Berufsbildungspersonal und das Übergangssystem. Der Kumpelverein erstellt dabei als Fachstelle „Fachpersonal“ Angebote für Ausbilder*innen und Berufsschullehrkräfte.

Nachdem der Kumpelverein 2020 eine mehrstufige Bestands- und Bedarfsanalyse durchgeführt und die Strukturen seiner Fachstelle aufgestellt hat, entwickelt er 2021 Maßnahmen, die konkret für das Berufsbildungspersonal greifbar und nutzbar sind. „Das Projekt ist eine Einladung an alle, die das Thema in berufsbildenden Schulen und Ausbildungsbetrieben nach vorne bringen bzw. dessen Rückzug entgegenwirken möchten“, erklärt Dr. Klaudia Tietze, Leiterin des Projekts.

Bereits seit Januar 2021 werden die ersten transferorientierten Qualifizierungsseminare für das Berufsbildungspersonal entwickelt, deren Durchführung im Herbst geplant ist. Seminare für Ausbilder*innen werden in der Kooperation mit dem Qualifizierungsförderwerk GmbH (QFC) der IG BCE entwickelt. Dabei entsteht eine Seminarreihe, die in den Jahren 2021–2023 schrittweise erprobt und veröffentlicht wird. Aktuell wird an dem ersten Seminar zum Thema „Demokratisches Miteinander fördern“ gearbeitet. Darüber hinaus sind in Kooperation mit der Handwerkskammer OWL digitale Bildungsangebote für Ausbilder*innen mit sehr kleinen Zeiträumen geplant, deren Realisierung frühestens 2023 vorgesehen ist. Die Qualifizierungsseminare für die Berufsschullehrkräfte werden in Zusammenarbeit mit der GEW entwickelt. Aktuell arbeitet der Kumpelverein am ersten Seminar mit der Lea Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen.

Im März 2021 ging das Infoportal Demokratieförderung, <https://demokratiefoerderung.gelbehand.de/>, online. Die Webseite liefert in Form einer Datenbank ein umfassendes Unterstützungsangebot für alle, die das Thema „Demokratie“ im Ausbildungsbetrieb oder Schule bearbeiten möchten. Dazu gehören Unterrichtsmaterialien, Projektbeispiele an Schulen und in Betrieben, Literatur und externe Bildungsangebote. Aktuell bietet das Infoportal folgende Themen an, die im Laufe der nächsten Jahre schrittweise erweitert werden: Demokratie, demokratisches Handeln, gesellschaftliche Vielfalt, globales Lernen, historische Bildung, Menschenrechte, Mitbestimmung, Rassismus, Rechtsextremismus, religiöser Extremismus. Dreimal im Jahr wird die Webseite einen Newsletter generieren. Im Mittelpunkt der ersten Ausgabe stehen Verschwörungstheorien.

Mehr Infos zum Projekt unter www.gelbehand.de/demokratiefoerderung

Solidarität und klare Kante

Gelbe Hand-Fördermitglied Uli Titz engagiert sich während der Corona-Krise für die Schwächeren und gegen rechte Hetze

Eines der Schlagwörter der Corona-Pandemie ist wohl das der „Solidarität“, oft beschworen von Politik und Medien. Dass dieser Begriff auch im Alltag keine leere Worthülse ist, zeigen Gewerkschafter*innen, Land auf, Land ab, Tag für Tag. Beispielhaft sei an dieser Stelle das Engagement unseres Fördermitglieds Uli Titz vorgestellt, den Vorsitzenden der IG BCE-Ortsgruppe in Düren. Kontinuierlich setzt er sich in dieser Krise für die Schwächeren in der Gesellschaft ein – und setzt dabei stets ein Zeichen gegen die menschenverachtende Ideologie der Rechten. So auch als er im Namen der IG BCE-Ortsgruppe für wohnungslose Menschen Schlafsä-

cke und Isomatten besorgte und dem Sozialträger IN VIA in Düren spendete, um ihnen durch den Winter zu helfen und sie vor der Kälte zu schützen. Dabei erinnerte Titz, der sich stets stark für die Erinnerungskultur einsetzt, an die Ideologie der Nazis, die obdachlose Menschen als „Asoziale“ verunglimpft und verfolgte. Aber auch



Fördermitglied Uli Titz (r.) bei der Übergabe der Spende an die Bahnhofsmision. (Foto: Ludger Bentlage / DGB Düren)

heute hetze die Neue Rechte gegen diese Gruppe, die von Stigmatisierung und Ausgrenzung betroffen sei, betonte der Gewerkschafter. Neben Schlafsäcken spendete die IG BCE Düren als Soforthilfe im Zuge der verschärften Maskenpflicht zunächst 100 FFP2-Masken an Bedürftige der Bahnhofsmision und übergab dann weitere 100 Masken an den Dürener Integrationsrat, der sie über örtliche Moscheen an Bedürftige verteilen ließ, sowie an das Sozialamt der Stadt, um sie noch weiteren Obdachlosenunterkünften zur Verfügung zu stellen. Als Zeichen der solidarischen Haltung versah Titz die Pakete mit dem Logo der Gelben Hand. „Solidarität ist der Grundwert der Gewerkschaften. Die Gelbe Hand als Symbol steht dafür, dass niemand ausgegrenzt werden soll. Diese Werte gilt es tagtäglich zu leben, gerade in Krisenzeiten“, unterstrich unser Fördermitglied, Uli Titz.

Demokratie verteidigen

Broschüre des Monats



Die offene, plurale Gesellschaft ist längst nicht mehr selbstverständlich. Mit der AfD hat sich in allen Landesparlamenten und im Bundestag eine rechtsradikale Partei etabliert, die demokratische Grundrechte in Frage stellt und angreift. Die Amadeu-Antonio-Stiftung widmet sich in ihrer kürzlich erschienenen Broschüre „Demokratie verteidigen – Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“ in einer aktualisierten und erweiterten Auflage

mit vier neuen Kapiteln schwerpunktmäßig den Themen: Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD, Naturschutzpolitik der AfD, der parteinahen Stiftung der AfD und wirft einen Blick auf die AfD aus der Perspektive migrantischer Selbstorganisationen. Besonders relevant für die gewerkschaftliche Perspektive ist das Kapitel zur Sozialpolitik, in dem der programmatisch neoliberale Kern der AfD erläutert und entlarvt wird. Es wird anschließend aufgezeigt, wie Gewerkschaften zur Zielscheibe rechter Akteure und Kampagnen werden. Darüber hinaus enthält die Broschüre konkrete Handlungsempfehlungen für einen weltoffenen Betrieb und stellt dahingehend verschiedene Maßnahmen gegen Rassismus in der Arbeitswelt vor. Mit der vorliegenden Handreichung sollen zum einen all jene unterstützt werden, die von Angriffen der AfD betroffen sind. Zum anderen sollen den Engagierten in Zivilgesellschaft und Gewerkschaften Informationen und Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten an die Hand gegeben werden.

Weitere Infos sowie die Publikation zum Download findet ihr unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/demokratie-verteidigen/>

Gewerkschafter und Autor Stefan Dietl hat an der Broschüre mitgewirkt. Hier findet ihr ein Interview zum gewerkschaftlichen Umgang mit der AfD: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/5-fragen-an-gewerkschafter-und-autor-stefan-dietl-65951/>

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V.

Vorstand: Dietmar Schäfers (IG BAU), Anne Jacobs (EVG), Romin Khan (ver.di), Regina Karsch (IG BCE), Sabrina Kunz (GdP), Marc Neumann (DGB), Kai Venohr (DGB Bildungswerk Bund)

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Schäfers

Koordination:

Dr. Claudia Tietze

Redaktion: Marco Jelic
Heide Siepmann
Caglar Ekici

Fotos: Gelbe Hand, DGB Südosthessen, DGB Düren

Verlag und Produktion:

digiteam
Volckardey Straße 1
40878 Ratingen
info@digiteam.de
Tel.: 0211-779299-0

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V.
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301193
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleg*innen,

auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. Mizgin Ciftci, ver.di, Gewerkschaftssekretär, Osterholz-Scharmbeck
2. Gerd Citrich, IG BAU, Gewerkschaftssekretär, Herne
3. Anna Leona Gerhardt, ver.di, Gewerkschaftssekretärin, Berlin
4. Tobias Henke, IG BAU, Nachwuchsreferent, Berlin
5. Jeannette Kayser, ver.di, Gewerkschaftssekretärin, Hamburg
6. Martin Marquardt, IG BCE, Betriebsrat, Grevenbroich
7. Fabian Michelbrink, EVG, Ortsjugendleitung, Leipzig
8. Marcus Nachbauer, Bad Dürkheim
9. Michelle Pater, IG BCE, BJA, Duisburg
10. Antonia Rabente, IG BAU, Jugendbildungsreferentin, Köln
11. Dana Schäfer, IG BAU, Wiesbaden
12. Larissa Schäffer, IG BCE, Gewerkschaftssekretärin i.A., Bremen
13. Kathrin Schäfers, IG Metall, pol. Sekretärin, Frankfurt
14. Maurice Werner, IG BCE, Evonik, JAV, BJA, RE, Marl

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förder*innen, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung und gegen Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank

Dietmar Schäfers, Vorsitzender